

KVB-Vorstand: Sparforderungen der Krankenkassen gefährden ambulante Versorgung in Bayern

München, 12. November 2025: Angesichts der angespannten Finanzlage in der gesetzlichen Krankenversicherung fordern einige Krankenkassenvertreter nun erneut massive Einsparungen in der ambulanten fachärztlichen Versorgung. Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) warnt entschieden vor diesen Plänen: Sie gefährden die wohnortnahe Versorgung, verschärfen die Wartezeitenproblematik und treffen direkt den ambulanten Bereich, der das Gesundheitssystem bislang stabil hält.

Die ambulante fachärztliche Versorgung in Bayern arbeitet seit Jahrzehnten unter leistungsfeindlichen Budgets. Leistungen, die über diese Budgets hinausgehen, werden von den Krankenkassen nicht bezahlt. Seit 1993 summiert sich die den Praxen vorenthaltene Vergütungssumme allein in Bayern auf rund 9 Milliarden Euro. Trotz dieser Unterfinanzierung gelingt es den Praxen, die Versorgung aufrechtzuerhalten.

Dazu erklärte der erste stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KVB, Dr. Peter Heinz, heute in München: „Die Forderungen der Krankenkassen nach Einsparungen in der ambulanten fachärztlichen Versorgung sind kurzsichtig und gefährlich. Sie untergraben die wirtschaftliche Basis der Praxen und riskieren, dass Patientinnen und Patienten länger auf Termine warten oder unnötig in Kliniken eingewiesen werden.“

Im Jahr 2024 haben Bayerns niedergelassene Fachärztinnen und Fachärzte fast 62 Millionen Patientinnen und Patienten ambulant versorgt. Zum Vergleich: In den bayerischen Krankenhäusern wurden im selben Zeitraum nur rund 2,7 Millionen Fälle stationär behandelt. Diese Zahlen zeigen aus Sicht des Vorstands der KVB eindeutig, wo die Versorgung hauptsächlich stattfindet – in den Praxen vor Ort, nicht in den Kliniken.

Besonders hervorzuheben sind rund 3,5 Millionen sogenannte TSVG-Fälle, also dringliche Behandlungen in der Offenen Sprechstunde, nach Hausarztvermittlung oder über die Terminservicestelle. Für diese Fälle erhalten die Facharzt-Praxen Zuschläge, die jedoch keine echten Zusatzhonorare, sondern lediglich einen Ausgleich für die bestehende Budgetierung darstellen. Genau diese Zuschläge wollen die Krankenkassen streichen – mit gravierenden Folgen. Würden diese wegfallen, würden schnelle Termine für viele Patientinnen und Patienten in den sowieso bereits stark frequentierten Praxen kaum mehr realisierbar sein.

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Elsenheimerstraße 39
80687 München

Statt den funktionierenden ambulanten Bereich weiter zu schwächen, fordert der Vorstand der KVB endlich konsequente strukturelle Reformen. Dazu gehören unter anderem die Befreiung der gesetzlichen Krankenkassen von der Kostenübernahme für versicherungsfremden Leistungen, die Förderung der Ambulantisierung und die Abschaffung teurer und medizinisch fragwürdiger Satzungsleistungen der Krankenkassen.